

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Dr. Martin Runge BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

vom 02.04.2008

Einbindung bzw. Einmischung von Mitgliedern der Staatsregierung in die Ermittlungen und „Lösungsansätze“ im Korruptionsfall Siemens III (Siemens IV)

Der Korruptionsskandal bei der Siemens AG ist von seiner Dimension her, ausgedrückt durch die immense Höhe der Bestechungsgelder, aber auch durch das wohl organisierte System Schwarzer Kassen, Tarnfirmen und verschleierter Geldflüsse, welches wiederum über viele Jahre bandenmäßig organisiert mit hoher krimineller Energie betrieben wurde, einmalig in der Geschichte Deutschlands. Die Siemens AG hat mittlerweile eingestanden, dass aus ihrem Hause heraus deutlich mehr als eine Milliarde Euro in Schwarze Kassen geflossen sind, bestimmt zum Großteil als Bestechungsgelder zur Erlangung von Aufträgen im Ausland. Hinzu kommen massive Verstöße gegen das Kartellrecht und gegen Bestimmungen im Betriebsverfassungsgesetz, gegen Vorgaben zur Mitbestimmung. Der Zentralvorstand war zumindest in Teilen involviert. Was die Korruptionsdelikte anbelangt, so scheint man hier weniger um Aufklärung denn um Vertuschung bemüht gewesen zu sein. Der frühere Finanzchef der Kraftwerkssparte, der das Unternehmen verlassen musste, nachdem das Fließen von Schmiergeldern in Millionenhöhe bekannt geworden war, wurde nicht mit Regressforderungen konfrontiert, sondern erhielt vielmehr im Einvernehmen mit dem Zentralvorstand eine dicke Abfindung, was für das Absegnen des Systems „Schwarzer Kassen und Schmiergelder“ durch den Zentralvorstand spricht. Ein leitender Mitarbeiter, früher Chef der Rechtsabteilung und von Oktober 2004 bis Ende 2006 Anti-Korruptionsbeauftragter (Chief Compliance Officer) im Konzern, wurde vom Zentralvorstand zu einem Zeitpunkt, zu dem die Staatsanwaltschaft München gegen eben diesen leitenden Mitarbeiter als Beschuldigten ermittelte, mit der Aufarbeitung und Aufklärung der seit November im Fokus der Staatsanwaltschaft und der Öffentlichkeit stehenden Schmiergeld-Skandale beauftragt. Interessanterweise wurde dieser Siemens-Mitarbeiter einen Tag vor seiner Beauftragung durch den Siemens-Zentralvorstand im Bayerischen Justizministerium unter anderem von dessen Amtschef zu einem Gespräch empfangen. Selbst die Compliance-Abteilung soll zumindest in Einzelfällen zur Vertuschung illegaler Geldströme beigetragen haben.

Der Auf- und Ausbau der „Arbeitsgemeinschaft unabhängi-

ger Betriebsangehöriger“ (AUB) als Gegenorganisation zur missliebigen IG Metall soll Ende der 80er-Jahre aus dem Zentralvorstand heraus initiiert worden sein. Finanziert wurde die Tätigkeit der AUB über Beraterverträge mit deren Vorsitzenden Schelsky, ausgeschieden bei Siemens im Jahr 1990, welche zuerst über eine Fremdfirma (Sicon Holding für Grundbesitz GmbH) und später dann über die Siemens Tochter GVD Leasing, später umbenannt in Siemens Finance & Leasing, abgewickelt wurden. Die AUB schreckte in ihrer wohl weitgehend von Siemens finanzierten Tätigkeit auch vor gegen einzelne Personen, so etwa gegen einen missliebigen Betriebsratsvorsitzenden, gerichteten Schmutz- und Hetzkampagnen nicht zurück.

Neben dem Bayerischen Justizministerium sollen eine Reihe weiterer Ministerien sehr eng in die Ermittlungen wie auch in die Bemühungen zur „Schadensbegrenzung“ und in diesbezügliche „Vergleichsverhandlungen“ eingebunden worden sein.

In diesem Zusammenhang bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wann wurde der damalige Ministerpräsident Edmund Stoiber von den Korruptionsfällen und vom System der Schwarzen Kassen bei der Siemens AG zum ersten Mal informiert und durch wen?
2. Wie häufig und wann hat Frau Justizministerin Merk dem Kabinett über den Stand der Ermittlungen in der Causa Siemens berichtet?
3. Wurden dem Bundesamt für Justiz alle von der Bayerischen Staatsregierung gewünschten Unterlagen und andere Informationen in der Causa Siemens gegeben und geschah dies zeitnah zu den jeweiligen Anforderungen?
4. Wann und durch wen wurden welche Mitglieder der Staatsregierung zum ersten Mal über den Auf- und Ausbau und die Finanzierung der „Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Betriebsangehöriger“ (AUB) als Gegenorganisation zur missliebigen IG Metall durch die Siemens AG informiert?
5. Wann und durch wen wurden Mitarbeiter der Bayerischen Ministerialbürokratie zum ersten Mal über den Auf- und Ausbau und die Finanzierung der „Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Betriebsangehöriger“ (AUB) als Gegenorganisation zur missliebigen IG Metall durch die Siemens AG informiert?

Antwort

des Staatsministeriums der Justiz

vom 16.05.2008

Die Schriftliche Anfrage beantworte ich im Einvernehmen mit den anderen Staatsministerien und der Staatskanzlei wie folgt:

Im einheitlichen Vorspann der drei Schriftlichen Anfragen Siemens II, III und IV wird ein Gespräch des Chief Compliance Officer der Siemens AG im Staatsministerium der Justiz im November 2006 angesprochen. Hierzu ist auf die Antwort des Staatsministeriums der Justiz vom 12. Juni 2007 auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Martin Runge vom 8. Mai 2007 hinzuweisen (LT-Drs. 15/8367).

Zu 1.:

Der damalige Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat nach seiner Erinnerung etwa Mitte November 2006 durch Presseberichte von Ermittlungsmaßnahmen Kenntnis erlangt.

Zu 2.:

Ein Bericht von Frau Staatsministerin Dr. Merk stand im Kabinett nicht auf der Tagesordnung. Angesichts der Bedeutung der Angelegenheit wurde über die „Causa Siemens“ auch bei Kabinettsitzungen gesprochen. Über den Stand der Ermittlungen hat Frau Staatsministerin Dr. Merk dabei nicht berichtet.

Zu 3.:

Fragen in Zusammenhang mit der internationalen Zusammenarbeit in Strafsachen sind im Einverständnis mit dem Bundesamt für Justiz gelöst worden. Anforderungen ausländischer Staaten, die den rechtlichen Erfordernissen entsprechen haben und vom Bundesamt für Justiz übermittelt worden sind, sind in angemessener Zeit erledigt worden.

Zu 4.:

Am 14. Februar 2007 – nach Beginn der Maßnahmen – wurde die damalige politische Spitze des Staatsministeriums des Innern durch WE-Meldung von der Polizeiabteilung über die gemeinsame Durchsuchungsaktion der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth, der Steuerfahndung Nürnberg und des Polizeipräsidiums Mittelfranken wegen Steuerstraftaten und Untreuevorwürfen im Zusammenhang mit der Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Betriebsangehöriger (AUB) informiert. Auch Frau Staatsministerin Dr. Merk wurde im Zusammenhang mit der genannten Durchsuchungsaktion über das Ermittlungsverfahren unterrichtet. Die übrigen Mitglieder der Staatsregierung sind über die Art der Finanzierung der AUB erst durch die Veröffentlichungen über die Vorwürfe informiert worden.

Zu 5:

Es gibt keine Anhaltspunkte, dass ein „Mitarbeiter der bayerischen Ministerialbürokratie“ vor Beginn der Ermittlungen über die Art der Finanzierung der AUB informiert war. Von einer persönlichen Befragung aller Mitarbeiter der bayerischen Ministerialbürokratie ist abgesehen worden.